

# PERSPEKTIVE

## Zeitung für Solidarität und Widerstand

### Was tun bei Extremwetter und Umweltkatastrophen?



Hawedi ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Schlottwitz\\_Hochwasser\\_113-1368\\_IMG.JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Schlottwitz_Hochwasser_113-1368_IMG.JPG)), „Schlottwitz Hochwasser 113-1368 IMG“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Die Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland hat wieder gezeigt, dass die Auswirkungen des Klimawandels bereits deutlich zu spüren sind. Können wir solche Extremwetterereignisse überhaupt noch verhindern? Und wer hilft uns beim Aufbau nach der Katastrophe? Ein Kommentar von Eric Hausmann.

Mit Gummistiefeln und Regenponcho ließen sich Bundeskanzler Olaf Scholz und der bayrische Ministerpräsident Markus Söder Anfang Juni in den Hochwassergebieten in Süddeutschland ablichten. Sie bestaunten die Auswirkungen eines weiteren sogenannten Jahrhunderthochwassers. Dieses Jahr musste Scholz bereits Hochwassergebiete in Niedersachsen und dem Saarland besuchen und auch die Katastrophe im Ahrtal 2021 mit 180 Todesopfern sitzt noch tief im Gedächtnis der Bevölkerung. Das liegt unter anderem daran, dass die Wiederaufbauarbeiten immer noch stocken. Hilfgelder können aufgrund von aufwendigen Versicherungsanträgen nur nach langer Zeit ausgezahlt werden und zahlreiche Politiker:innen sind nach etlichen Skandalen reihenweise zurückgetreten anstatt Verantwortung zu übernehmen.

#### Der Klimawandel gehört zum Kapitalismus

In Süddeutschland kam es im Juni nach starken Regenfällen zu Überschwemmungen entlang der Donau und vor allem kleineren Zuflüssen. Ein Wochenende lang galt Ausnahmezustand in vielen Gemeinden, vor allem im ländlichen Raum, aber auch in Regensburg und Passau. Teilweise stand das Wasser im Erdgeschoss bis unter die Decke, was ein Haus in den meisten Fällen unbewohnbar macht. Insgesamt sind mindestens sechs Personen durch die Fluten umgekommen - tausende Häuser sind zerstört und unzählige Keller vollgelaufen.

Pegelstände wie in Süddeutschland, die in der Vergangenheit nur einmal pro Jahrhundert auftraten, gibt es inzwischen an verschiedenen Orten in Deutschland alle paar Jahre. Grund dafür ist der menschengemachte Klimawandel als Teil der kapitalisti-

schen Umweltzerstörung. Denn im Kapitalismus betrachten die Herrschenden nicht nur die Menschen, sondern auch die Umwelt gnadenlos als Ressource, die einzig und allein zum Zweck der Profitmaximierung ausgebeutet wird. Das hat drastische Folgen: Zum Beispiel beträgt heute die globale Erderwärmung als Folge des Ausstoßes von Treibhausgasen im Vergleich zur vorindustriellen Zeit bereits 1,5 Grad Celsius. Dadurch werden Extremwetterereignisse häufiger. So erhöhte sich die durchschnittliche Niederschlagsmenge in Europa in den letzten Jahren um 7%.

In Deutschland gab es 2023 durchschnittlich 20% mehr Niederschläge als zwischen 1991 und 2010. Hochwasser, die in Zusammenhang mit starken Regenfällen auftreten, stehen also in direktem Zusammenhang mit dem Klimawandel und werden in Zukunft noch häufiger auftreten.

Monatlich gedruckt  
& täglich unter:  
[perspektive-online.net](https://perspektive-online.net)

#### KI beim Militär: Autonome Kriegsführung

KI verändert Kriege. Besonders die Ukraine ist zum Testlabor für autonome Waffensysteme geworden. Auch deutsche Start-ups mischen mit. Der Kampf um die Technologie ist heute ein zentrales Feld in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten. > Seite 3

#### Alltagsheld:innen im Schatten des Systems

Die Situation in den deutschen Kitas ist katastrophal. Erzieher:innen sind froh wenn sie die Tage mit zu wenig Personal und ohne größere Unfälle überstehen. Trotz wiederholter Aufschreie hat sich vor unseren Augen eine brodelnde Krise entwickelt. > Seite 6

#### Clara Zetkin - Vorbild im antipatriarchalen Kampf

Am 5. Juli ist Clara Zetkins 167. Geburtstag. Sie war überzeugte Kommunistin und Mitgründerin der proletarischen Frauenbewegung. Ihr Beitrag zum Befreiungskampf der Arbeiter:innen und Frauen macht sie bis heute zu einem Vorbild. > Seite 7

#### Zypern: 50 Jahre nach der türkischen Invasion

Für viele Menschen in Deutschland ist Zypern vor allem eine Urlaubsinsel im Mittelmeer. In diesen Tagen jährt sich die türkische Invasion der Insel. Bis heute wird dort für nationale Selbstbestimmung und gegen die NATO-Besatzung gekämpft. > Seite 8

## Olympia 2024: Verdrängung & Vertreibung

In Paris beginnen im Juli die weltweit umjubelten Olympischen Spiele. Wir bewerten das Sportereignis aus Sicht der Arbeiter:innenklasse.

Um die Austragung der weltweit größten Sportevents streiten sich meistens viele Länder. Und das, obwohl solche Veranstaltungen den Staat Unmengen an Geld kosten. Wie

passt das zusammen, wer verdient an Olympia und welche politischen Funktionen haben die Spiele für Regierende? > Seite 4

Neben dem im Fernsehen gezeigten Prunk, hat die Olympiade auch eine Kehrseite: Verdrängung und Vertreibung. Oder anders ausgedrückt: Gezielte Zwangsumsiedlung der ärm-

sten Bevölkerungsanteile, um das Stadtbild von Paris zu verschönern. > Seite 5

Dass Sport und Wettkämpfe auch anders aussehen können, zeigen einige Beispiele in unserem Artikel zur Geschichte der Arbeiter:innensportbewegung.

> Seite 4-5



## Naturkatastrophen in der BRD seit den 2000ern

**2002:**  
Hochwasser in den Alpen  
und an der Elbe  
45 Menschen sterben, Schäden  
von 5,62 Milliarden Euro

**2003:**  
Hitzewelle in Deutschland  
3.500 Menschen sterben,  
darunter vor allem Ältere und  
Kranke

**2007:**  
Sturm Kyrill  
13 Menschen sterben, Schaden  
von 4,05 Milliarden Euro

**2009:**  
Erdbeben in Sachsen-Anhalt  
3 Todesopfer und  
41 Menschen obdachlos

**2013:**  
Elbehochwasser  
Schäden in Höhe von 2,65  
Milliarden Euro allein in  
Deutschland

**2016:**  
Starke Unwetter  
11 Menschen sterben

**2018:**  
Orkantief Frederike  
Schäden in Höhe von 1,4  
Milliarden Euro in Deutschland

**2021:**  
Flutkatastrophe im Ahrtal  
180 Menschen sterben,  
versicherte Schäden von 9,49  
Milliarden Euro, historisch  
teuerste Naturkatastrophe in  
Deutschland

**2022:**  
Dürre und  
orkanartige Stürme  
Über 2.000 Waldbrände durch  
die Dürre und Schäden von 1,4  
Milliarden Euro durch die  
Stürme

**2024:**  
Hochwasser  
mind. 6 Menschen sterben,  
massive Schäden

Die Auswirkungen der Klimakrise sind also hier in Deutschland schon jetzt spürbar. Trotzdem war sich zum Beispiel der bayrische Ministerpräsident Markus Söder nach der Flut in Süddeutschland sicher: "Mit solchen Ausmaßen hätte niemand rechnen können."

Doch gerade weil die Ampelregierung genau wie ihre Vorgänger und die CSU in Bayern jegliche selbst gesteckten Klimaziele verfehlt, entstehen Katastrophen solchen Ausmaßes. Dazu kommt: Selbst wenn die aktuellen Ziele tatsächlich eingehalten würden, wären sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen bei weitem nicht ausreichend, um Klimawandel und Extremereignisse zu stoppen.

### Kein Klimaschutz und kein Katastrophenschutz

Mit derartigen Aussagen wie der von Söder ziehen sich Politiker:innen gleich doppelt aus der Schuld: Sie leugnen einerseits ihre Verantwortung dafür, eine konsequente Klimaschutzpolitik umzusetzen und geben darüber hinaus auch vor, dass es keinerlei Möglichkeiten geben würde, die Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Dabei kritisierten bereits im Ahrtal Expert:innen die mangelnden Frühwarn- und Informationssysteme für die Bevölkerung. Auch städteplanerisch stellt die dauerhafte Versiegelung von Böden durch deren Bebauung ein bereits länger bekanntes Problem dar.

In Bayern führten sogar konkrete Entscheidungen der Landesregierung, die vor einigen Jahren bewusst Gelder beim Hochwasserschutz strich, zu einer Verschlimmerung der Lage für die Bevölkerung während der Flut. Maßnahmen, die die breite Bevölkerung schützen würden, wurden rigoros gekürzt. So verhinderte Hubert Aiwanger (Freie Wähler) im November 2018 den Bau von neuen Flutpoldern (Auffangbecken, in die Wasser umgeleitet werden kann) an der Donau. Die Polder seien überflüssig und zu teuer, „weil so ein Polder ja nur alle hundert Jahre mal geflutet wird“.

### Der Staat wird uns nicht helfen

Wie wird nun also mit diesen Versäumnissen in Bayern umgegangen? Immerhin hat Söder Soforthilfen in Höhe von 100 Millionen Euro plus X versprochen. Man werde "so viel zahlen wie nötig." Das widerspricht aber einer Entscheidung aus 2019, dass der Freistaat Bayern keine Hilfen mehr bei Naturkatastrophen zahlt.

Der Staat solle kein "Ersatzversicherer" sein. Stattdessen versucht der Staat die finanzielle Verantwortung

für das erhöhte Katastrophenrisiko auf die Bevölkerung abzuschieben. Zuletzt drängte der Bundesrat auf die verpflichtende Einführung einer Elementarversicherung für Gebäude anstatt die eigentlichen Verursacher:innen des Klimawandels – die kapitalistischen Konzerne – für die Katastrophenfolgen zahlen zu lassen. Hierdurch vergrößert der Staat außerdem das Geschäft für Versicherungskonzerne, die für die Pflichtversicherung fette Prämien kassieren würden.

### Katastrophenschutz und Wiederaufbau selbst in die Hand nehmen!

Welche Optionen haben wir stattdessen? Wenn der Staat und seine Politiker:innen durch eine Sparpolitik die Gefahren von Katastrophenereignissen herabspielen und sich dann im Nachgang höchstens für PR-Aktionen blicken lassen, dann ist die Arbeiter:innenklasse wohl oder übel gezwungen, die Aufbauarbeiten und die gegenseitige Unterstützung selbst in die Hand zu nehmen.

Ein gutes Beispiel dafür sind die Hilfsstrüps, die Anfang 2023 auch aus Deutschland in die Türkei reisten, um nach einem verheerenden Erdbeben Hilfe beim Wiederaufbau zu leisten. Dort stand der türkische Staat massiv in der Kritik, weil in den als Erdbebenregionen bekannten Gebieten bewusst auf eine sichere Bauweise der Häuser verzichtet wurde, um Kosten zu sparen. Die deutsche Jugendorganisation Young Struggle entsandte eine Delegation in die Türkei und machte gleichzeitig deutlich: „Nicht das Erdbeben tötet, sondern der Profit.“

Auch innerhalb von Deutschland gab es zum Beispiel 2021 breite Unterstützung aus verschiedenen ehrenamtlichen und politischen Organisationen, die ins Ahrtal reisten, um die Opfer der Flutkatastrophe zu unterstützen – während sich die damalige rheinland-pfälzische Landesumweltministerin und spätere Bundesfamilienministerin Anne Spiegel einen 4-wöchigen Frankreichurlaub gönnte. Jetzt sind in Bayern ebenfalls wieder einige freiwillige Helfer:innen wie z.B. die Schwabenhilfe aus Augsburg dort zur Stelle, wo der Staat versagt hat. Keller müssen ausgeräumt, Häuser entkernt und der ganze Schutt entfernt werden. Ob und wann ausreichende Hilfsgelder bei den Betroffenen landen und wie ihre Zukunft aussieht, steht für viele gerade in den Sternen.

### Eine klassenbewusste Politik entwickeln

Unseren Hilfsinitiativen darf es dabei nicht nur darum gehen, die Versäum-

nisse der Politik aufzufangen. Wohin das langfristig führt, zeigen z.B. die unzähligen ehrenamtlich betriebenen Tafeln in Deutschland, zu denen der Staat Menschen schickt, die er nicht ernähren kann - oder will. Den Katastrophenschutz selbst zu organisieren, bedeutet stattdessen aus Solidarität zu den eigenen Klassengeschwistern selbst mit anzupacken, aber nicht die Drecksarbeit für ein marodes System zu erledigen, sondern die Politik der Kapitalist:innen gleichzeitig offensiv zu entlarven.

Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass die herrschende Klasse im Kapitalismus den kurzfristigen Profit an erster Stelle sieht und nicht die Interessen der Arbeiter:innenklasse und aller anderen Werktätigen. Klimaschutzmaßnahmen und Katastrophenschutz sind erst einmal teuer, und wenn sie dann doch umgesetzt werden, dann nur auf Kosten der Arbeiter:innen durch hohe Preise oder Zusatzsteuern.

Fakt ist: Auch in Zukunft werden weitere Umweltkatastrophen auf uns zu kommen. Zu groß sind die bisherigen Versäumnisse der Politik – zu rasant entwickelt sich der Klimawandel. Auch die angespannte weltpolitische Situation und die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Widersprüche bieten den Kapitalist:innen noch weniger Spielräume, um Investitionen im Bereich Klimaschutz und Katastrophenschutz zu tätigen.

Der Kapitalismus zeigt immer wieder aufs Neue seine inneren Widersprüche: Eine Wirtschaft, die auf Profitmaximierung basiert, wird niemals ausreichend Rücksicht auf den Mensch und die Umwelt nehmen. Wir können uns bei Umweltkatastrophen niemals auf den kapitalistischen Staat und seine Politiker:innen verlassen.

Wir müssen heute die Aufbauarbeiten selbst in die Hand nehmen und gleichzeitig den Kampf für die sozialistische Gesellschaft von morgen jenseits des Kapitalismus führen. Im Sozialismus wird nicht mehr im Interesse der Kapitalist:innen gewirtschaftet und gehandelt, sondern Produktion und Politik werden von den Interessen der breiten Bevölkerung bestimmt – nur dann ist eine konsequente Klima- und Katastrophenschutzpolitik möglich.

# Künstliche Intelligenz beim Militär: Autonome Kriegsführung

Der Einsatz von KI verändert die Kriegsführung. Besonders die Ukraine ist inzwischen zum Testlabor für autonome Waffensysteme geworden. Auch deutsche Konzerne und Start-ups mischen mit. Der Kampf um die Technologie ist heute ein zentrales Feld in der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten. Ein Kommentar von Thomas Stark.

Einmal mit dem Papst an der Adria über Roboter diskutieren. Die Einladung des Oberhauptes der katholischen Kirche zum diesjährigen G7-Gipfel war für Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ein besonderer Coup. Papst Bergoglio referierte im Kreis der führenden imperialistischen Mächte und weiterer geladener Regierungschefs über Künstliche Intelligenz. Dabei ging es weniger um die Technologie als solche, sondern um ihren Einsatz und dessen Beschränkung, etwa in autonomen Waffensystemen. Diese würde der Papst gerne verboten sehen. Staaten, Vereinte Nationen und internationale Finanzorganisationen sollten KI regulieren und immer von Menschen kontrollieren lassen: „Die Menschenwürde hängt davon ab“, so Bergoglio.

## Autonome Kriegssysteme sind längst im Einsatz

Die päpstlichen Mahnungen sind dabei längst von der Wirklichkeit überholt worden. Die Entwicklung KI-gesteuerter Waffensysteme befindet sich mitten in einem qualitativen Sprung hin zu immer größerer Autonomie im Einsatz. Dies betrifft insbesondere den Luftraum: Bewaffnete Drohnen können heute deutlich mehr als noch vor wenigen Jahren, und die nächsten Entwicklungsschritte sind bereits in Sicht. Ist eine Drohne bislang nicht mehr steuerbar oder stürzt ab, wenn das Signal zum Piloten verloren geht, kann die nächste Softwaregeneration das System bereits selbständig zum Ziel steuern und dabei auch Störsender neutralisieren.

Vor allem der Ukraine-Krieg hat diesen qualitativen Sprung befördert. Die Ukraine ist seit dem russischen Einmarsch 2022 zu einer Art Testlabor für die neuesten Waffentechnologien geworden. Beide Seiten schenken sich dabei nichts: Während Russland im großen Stil günstige iranische Einwegdrohnen gegen Ziele in der Ukraine einsetzt, antwortet diese mit Sprengstoffdrohnen und unbemannten Wasserfahrzeugen, wie etwa den berühmten „Sea Babies“ im Einsatz gegen die russische Schwarzmeerflotte. Die Rüstungsfir-

men, welche die Systeme herstellen, erhalten in Echtzeit Rückmeldungen von der Front und nutzen diese dazu, die Hard- und Software der Waffen weiterzuentwickeln. Mitte 2023 kündigte die Ukraine an, im laufenden Jahr mehr als eine Milliarde Dollar für die Verbesserung ihrer Drohnenkampffähigkeiten auszugeben und bis zu 20.000 Drohnenpilot:innen auszubilden.

## Deutsches Start-up entwickelt Kampfroboter

Die KI in der Kriegsführung beschränkt sich jedoch nicht auf den Luftraum und das Wasser. Inzwischen läuft auch die Forschung zu autonomen Landkampfssystemen auf Hochtouren, und Deutschland mischt bei der Entwicklung führend mit. Mitte Juni berichtete das Manager-Magazin, dass die NATO über ihren Innovationsfonds NIF das Münchener Start-up ARX Robotics mit 4,5 Millionen Euro finanziert. Dieses stellt kleine, unbemannte Kampfpanzer her. 12 solcher Roboter haben die Münchener bereits gebaut. Davon sollen einige sogar bereits in der Ukraine im Einsatz sein. Das größte Modell kann Lasten von bis zu einer halben Tonne tragen und sich mit vollem Akku bis zu 40 Kilometer durchs Gelände bewegen. Wie die Firma ARX betont, lassen sich die Systeme vielseitig einsetzen, etwa als Transport- und Minenräumgeräte. Aber auch Waffen

darauf zu montieren wäre laut CEO und Gründer Marc Wietfeld „theoretisch ... natürlich möglich“.

Auch andere deutsche Unternehmen wie Rheinmetall entwickeln autonome Fahrzeuge. Auf seiner Homepage wirbt der Düsseldorfer Rüstungskonzern etwa mit dem „Mission Master“, einer „Familie autonomer unbemannter Bodenfahrzeuge“. Diese könne „für Aufklärungs- und Überwachungsoperationen“, aber auch „zur taktischen Überwachung“ und „Feuerunterstützung“ eingesetzt werden. Die ARX-Systeme seien laut Chris O'Connor vom NATO-Fonds NIF wegen ihrer besseren Software jedoch „vielseitiger“.

## Israels führende Rolle bei Militär-KI

Neben der Ukraine fungiert auch der Gazastreifen als Testlabor für die KI-gestützte Kriegsführung. Israel unterhält eine der weltweit größten Rüstungsindustrien und hat sich im Mai 2023 auf die Fahnen geschrieben, zur „KI-Supermacht“ werden zu wollen. Der britische „Guardian“ hat im vergangenen Dezember aufgedeckt, dass sich das Land im Gazakrieg auf eine KI-Plattform namens „The Gospel“ („Das Evangelium“) stützt, um in der Gefechtsführung große Mengen an Echtzeitdaten zu analysieren und damit die Berechnung neuer Angriffsziele erheblich zu beschleunigen. Den

Mehrwert für das israelische Militär hat dessen früherer Generalstabschef Aviv Kochavi auf den Punkt gebracht: „In der Vergangenheit haben wir in Gaza 50 Ziele pro Jahr produziert. Jetzt produziert diese Maschine 100 Ziele an einem einzigen Tag, von denen 50 % angegriffen werden.“ Eine nicht genannte Quelle sprach gegenüber dem „Guardian“ von einer „Fabrik für Massenmorde“, die durch den Einsatz der KI entstanden sei.

## Strategische Frage des 21. Jahrhunderts

Der Massenmord in Gaza zeigt auf, wie KI-gestützte Waffensysteme die Kriegsführung beschleunigen. Inzwischen hat sich der Begriff des „gläsernen Gefechtsfelds“ für die Beschreibung der immer stärkeren Verbindung von klassischer und digitaler Kriegsführung durchgesetzt: „Darunter versteht man im Prinzip, dass jede kleinste Bewegung oder auch Anwesenheit sehr schnell bei jeder Tag- und Nachtzeit, bei jeder Witterung aufgeklärt wird.“, erklärt Oberstleutnant Martin Winkler, der im Kommando Heer der Bundeswehr das Sachgebiet „Auswertung“ leitet.

Zwar steht die Entwicklung militärischer KI noch immer am Anfang – ein Militärexperte verglich den Stand staatlicher Einsatzkonzepte von Drohnen kürzlich etwa mit dem von Panzern Anfang der 1920er Jahre. Die imperialistischen Staaten haben aber längst erkannt, dass die technologische Vorherrschaft bei KI künftig buchstäblich kriegsentscheidend sein wird. Die Diskussion um die internationale Regulierung von KI – wie sie auch der US-Außenpolitiker Henry Kissinger bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr hartnäckig aufgebracht hat – dient vor allem dazu, die Vorherrschaft der führenden imperialistischen Mächte auf diesem Gebiet aufrechtzuerhalten und anderen Staaten den Zugang zu erschweren.

Die G7-Staaten verkündeten dazu beim Gipfel im sonnigen Bari nur sparsam, ihre „Zusammenarbeit vertiefen“ zu wollen, „um die Vorteile der Künstlichen Intelligenz zu nutzen und ihre Risiken zu beherrschen“.



# Olympia 2024 – Welchen Zweck haben die Spiele tatsächlich?

Egal ob Fußball-Weltmeisterschaft, Cricket World Cup oder die Olympischen Spiele – um die Austragung der weltweit größten Sportevents streiten sich meistens viele Länder. Und das, obwohl solche Veranstaltungen den Staat Unmengen an Geld kosten. Wie passt das zusammen, wer verdient an Olympia und welche politischen Funktionen haben die Spiele für Regierende? - Ein Kommentar von Herbert Scholle.

Die Kosten für die Olympischen Spiele in Paris in diesem Sommer liegen jetzt schon bei über neun Milliarden Euro und sie werden vermutlich noch weiter steigen. Mehr als ein Drittel der Gelder kommt dabei direkt aus Steuermitteln. Damit schneidet Paris im Vergleich zu früheren Olympischen Spielen noch eher unterdurchschnittlich ab.

## Wer verdient an Olympia?

Doch das ist nicht alles: Bei Sportgroßereignissen wie Olympia müssen Städte und Länder neben den offiziellen Kosten in der Regel noch Investitionen für den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur einplanen, wie etwa Flughäfen oder Straßen. Zwar erhalten sie auf der anderen Seite Einnahmen durch Tourismus und Werbedeals. Das wirkliche Geschäft mit Olympia machen aber nicht die Staaten, sondern das Internationale Olympische Komitee (IOC): Offiziell eine Non-Profit-Organisation, kassiert das IOC die Bewerbungsgebühren der möglichen Austragungsorte und verkauft die Rechte für die Ausstrahlung und Vermarktung der Spiele. Olympia ist daneben ein Riesengeschäft für Groß-

konzernen, die viel Geld in Werbung und Sponsoring investieren, um ihre Waren bekannt zu machen. Daran verdienen wiederum Fernsehsender und andere Medien, die Betreiber von Stadien und überhaupt die Werbeindustrie. Nicht zu vergessen bei den Profiteur:innen von Olympia sind Hotels, AirBnb, Restaurants, Gastronomieketten, Handelskonzerne und viele mehr.

## Wessen olympische Spiele?

Warum aber reißen sich regelmäßig so viele Länder bzw. Städte darum, Events wie die Olympischen Spiele auszutragen? Dafür gibt es – neben der Vernetzung von Staat und kapitalistischen Konzernen – auch einige politische Gründe: Der offensichtlichste und vermutlich auch wichtigste ist hierbei die Außenwirkung. Der Gastgeber einer weltweit berühmten Veranstaltung zu sein bringt jede Menge Prestige. Die französische Regierung kann sich in diesem Jahr im eigenen Land als die Kraft darstellen, die Olympia nach Frankreich geholt hat. Außerdem dient ein solches Spektakel natürlich als wunderbare Ablenkung, beispielsweise von Skan-

dalen oder unbeliebten politischen Entscheidungen.

## Olympia als politisches Werkzeug

Dieses Prestige gibt es natürlich auch auf internationaler Ebene und wird manchmal als „Sportwashing“ bezeichnet. Dieses hat eine lange Tradition, denkt man etwa an die Fußballweltmeisterschaften in Katar in 2022 sowie Argentinien während der Militärdiktatur 1978 und Italien im Faschismus 1934. Die Hitlerfaschist:innen wiederum nutzten die Olympischen Spiele in Berlin im Jahr 1936, um ihr internationales Image gehörig aufzupolieren. Auf diese Weise missbrauchen die Herrschenden immer wieder Sportereignisse zur Steigerung ihres politischen Ansehens.

## Mehr Kontrolle durch mehr „Sicherheit“?

Darüber hinaus nutzen Staaten die Olympischen Spiele und andere Sportgroßereignisse auch als Vorwand, um die innere Aufrüstung im eigenen Land voranzutreiben. Am Beispiel der diesjährigen Olympi-

schen Spiele kann man das gut erkennen, denn der französische Staat baut im Zuge der Veranstaltungen beispielsweise öffentliche Überwachungsmaßnahmen weiter aus. Auch nutzen Staaten solche Ereignisse, um ihr Repressionspersonal wie Polizei und Sondereinheiten darin zu trainieren, große Menschenmengen zu kontrollieren und im Zaum zu halten, zum Beispiel durch die Errichtung von Checkpoints in Paris oder die allgemein stark erhöhte Polizeipräsenz. Die daraus gezogenen Erfahrungen kann der Staat später gegen politische Bewegungen nutzen. Hier hat der französische Staat bereits jede Menge Erfahrung. Ob als „Brot und Spiele“ zur Ablenkung der Bevölkerung, als politisches Instrument zur Hebung des eigenen Ansehens oder einfach als Geschäft – Kapital und Staat nutzen große Sportereignisse auf vielfältige Art für ihre Zwecke.

## Trainieren für den Klassenkampf – eine kurze Geschichte der Arbeiter:innensportbewegung

„Das Prinzip der bürgerlichen Herrschaft ist der Einzelmensch, das Individuum. Dem entspricht der Wettkampf als Einzelkampf. Das Prinzip des Sozialismus ist der vergesellschaftete Mensch, ist kollektivistisch, ihm entspricht der proletarische Massensport. Massensport ist Klassensport!“

So wird in einer Ausgabe der „Freien Sportwoche“ 1928 das Prinzip des Arbeiter:innensports beschrieben. Einen derart klassenkämpferischen Standpunkt suchen wir beim Wirbel um die gerade stattfindende Fußball-EM wohl vergeblich. Statt Klassenbewusstsein zwischen Arbeiter:innen unterschiedlicher Länder zu stärken, fördern die kommerzialisierten Wettkämpfe oft Nationalismus. Dass es in Deutschland eine starke sozialistische

Sportbewegung gab, die sich als Teil des internationalen Klassenkampfes verstand, ist heute weitestgehend in Vergessenheit geraten.

## Entstehung des „Arbeiter-Turnbundes“ im Kaiserreich

Durch die von Bismarck erlassenen und von 1878–1890 gültigen „Sozialistengesetze“ wurden etliche Sozialdemokrat:innen aus den bürgerlichen Turnvereinen ausgeschlossen. Darüber hinaus blieben die teuren und exklusiven Sportclubs den meisten Arbeiter:innen verwehrt, die ihre sportliche Betätigung also selbst organisieren mussten. Nach Ende der Sozialistengesetze gründete sich

1893 der „Arbeiter-Turnbund“ (ATB) in Gera. Der ATB sah Arbeitersport als notwendig an, um, wie es in seiner Satzung heißt, „den körperlichen Nachteilen, die eine moderne Produktion heute mit sich bringt, entgegenzuwirken“.

Seit seiner Gründung war der ATB staatlicher Repression ausgesetzt, etwa in Form von Vereinsauflösungen, polizeilicher Überwachung, und später auch dem Nutzungsverbot öffentlicher Sportanlagen. Als Deutschland am 1. August 1914 in den Ersten Weltkrieg eintrat, stimmte die SPD den Kriegskrediten zu. Für diese „Burgfriedenpolitik“ wurde sie belohnt – unter anderem durfte der ATB nun wieder öffentliche Sportplätze nutzen. Der Erste Weltkrieg

führte dennoch zu einem Rückgang der proletarischen Sportbewegung, da die meisten männlichen Arbeitersportler zur Verteidigung der Kapitalinteressen an die Front geschickt wurden.

## Weimarer Republik: Arbeiterolympiade und revolutionäre Sportvereine

Mit dem Ende des Krieges und der Novemberrevolution 1918, in der die Arbeiter:innenklasse einige Vorteile wie die Einführung des Achtstundentags erkämpfen konnte, erlebte der Arbeiter:innensport jedoch einen Boom. 1919 benannte sich der



@imr

# Die andere Seite der Medaille: Verdrängung und Vertreibung

Um das Stadtbild in Paris während der Olympischen Spiele zu verschönern, siedeln französische Behörden arme Bevölkerungsteile gezielt um. Ein Kommentar von Finn Krumbach.

Damit die Olympischen Spiele ein Marketing-Erfolg werden können, dürfen viele Obdachlose, Drogenabhängige, Prostituierte und Migrant:innen die nächsten Monate nicht in Paris verbringen und wurden im Vorfeld der Olympischen Spiele vertrieben. Ein Report im Rahmen von Le Revers de la Médaille (Die Kehrseite der Medaille), einer Kampagne von über 70 französischen Organisationen, untersuchte die Entwicklung von April 2023 bis Mai 2024 und dokumentierte beispielsweise fast 13.000 Zwangsevakuierungen von obdachlosen Menschen. Der Report

nennt die Vertreibung von unerwünscht eingestuft Bevölkerungsgruppen aus den Zentren der Städte, an denen die Olympischen Spiele stattfinden, „soziale Säuberung“.

Der Hintergrund: Die Stadt

wird für die Zeit der Spiele umfunktioniert. Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte werden als Hotels betrieben, um Tourist:innen unterzubringen und größtmögliche Einnahmen durch das Großevent zu erwirtschaften. Dafür sammelt die französische Polizei die Menschen in Massen ein und bringt sie in Vororten außerhalb der Stadt unter. Informelle Wohnorte wie Obdachlosencamps, an denen sich wohnungslose Menschen ein in ihrer Situation bestmögliches Zuhause aufgebaut haben, werden geräumt. Von über 12.000 betroffenen Menschen sind über 3.000 minderjährig.

## Folgen für Betroffene der Vertreibung

Dass die betroffenen Menschen ihre gewohnte Umgebung und ihr Umfeld verlassen müssen, kann weitreichende Folgen für sie haben. Wer auf soziale Hilfen des Staates angewiesen ist oder beispielsweise eine Aufenthaltsgenehmigung verlängern lassen muss, hat nach der Umsiedlung oft keinen Zugang zu den zuständigen Behörden in der Stadt. Obdachlose verlieren ihre Beziehungen zu medizinischen und sozialen Hilfsprogrammen auf der Straße sowie ihrem persönlichem Umfeld.

Nach den Olympischen Spielen muss

diese soziale Infrastruktur an vielen Stellen neu aufgebaut werden. Das macht die betroffenen Bevölkerungsteile in der Zwischenzeit noch prekärer und angreifbarer. Die Erfahrungen aus anderen Mega-Sportveranstaltungen zeigen auch, dass die Spiele in Paris von den französischen Behörden nur als Anlass genutzt werden, um betroffene Bevölkerungsteile aus ihrem Umfeld zu entkern und die zuerst kurzfristige Verdrängung auch in Zukunft weiterzuführen.

## Kampf gegen arme Menschen statt Kampf gegen Armut

Ein Katalog an Repressionsmethoden bereitet auf „unerwünschte“ Menschen vor, die sich trotzdem in der Stadt aufhalten. Beispielsweise können nach einem neuen Gesetzesentwurf Menschen bei Häufung bestimmter Verhaltensweisen wie Betteln oder dem Aufhalten von Türen im Öffentlichen Nahverkehr eine sechsmonatige Gefängnisstrafe erwarten. Um das Bild einer aufpolierten Stadt aufrecht zu erhalten, werden solche Maßnahmen von einem sogenannten Null-Kriminalitäts-Plan begleitet. Er zielt auf systematische Verhaftungen und Inhaftierungen ab. Eine Mobilisierung von 30.000 Polizeikräften pro Tag und algorithmische Videoüber-

wachung, auch unter Einsatz von Drohnen sind vorgesehen. Richter:innen wurden in einem Rundbrief des Justizministeriums zu konsequenter Bestrafung und schnellen Urteilen aufgefordert. 2023 hat auch eine neue Haftanstalt eröffnet. Im Hinblick auf die Olympischen Spiele käme sie zur richtigen Zeit, so Justizminister Éric Dupond-Moretti.

Doch auch tagtäglich findet soziale Säuberung in Großstädten statt, um bestimmte Stadtteile „sauber“ und ansprechend zu halten. Was für die sportbegeisterten Gäste in Frankreich, die Besucher:innen der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland oder Tourist:innen in Berlin-Kreuzberg als schöner und zum Konsumieren einladender Ort präsentiert wird, wird für die ärmsten Bevölkerungsteile zunehmend zu Orten der Schikane und Verdrängung. Armut und soziale Probleme wie Obdachlosigkeit, aber auch Prostitution oder Drogenmissbrauch haben ihren Ursprung in der Gesellschaft, aus der sie entspringen. Der Kapitalismus kann diese Probleme, die er in jeder Metropole erzeugt, nicht lösen, sondern nur wegschieben. Die Politik reagiert deshalb mit immer drastischeren Maßnahmen, um soziale Probleme nicht nur bei Großevents aus dem Stadtbild zu entfernen - Ganz nach dem Motto: „Was nicht sichtbar ist, gibt es auch nicht“.

ATB um in „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ (ATSB).

Hierdurch werden auch wettkampforientierte Sportarten wie Fußball aufgenommen. Während sich der ATSB zwar zum Klassenkampf und Sozialismus bekannte, lehnte er eine Revolution ab. Gegenüber den Arbeiter:innenparteien SPD, USPD, und KPD verhielt er sich offiziell neutral, dennoch waren fast alle ATSB-Kreise in der Hand der Sozialdemokrat:innen. Eine Ausnahme bildete die Arbeiter:innensportbewegung in Berlin-Brandenburg, die von revolutionären kommunistischen Kräften geführt wurde. Eine treibende Kraft war dabei der Berliner TV-Fichte, der in seinen höheren Positionen nur Mitglieder der USPD und KPD akzeptierte.

Trotz des schwelenden Konflikts zwischen dem reformistischen und revolutionären Lager fand 1925 die erste „Arbeiterolympiade“ in Frankfurt statt. Sie stand unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ und versammelte 3000 Sportler:innen aus elf Ländern. Im starken Kontrast zu heutigen internationalen Wettkämpfen marschierten die Sportler:innen jedoch ohne nationale Fahnen oder Abzeichen zum Klang der „Internationale“ ein. Anstatt nur die Wettkämpfe in den Vordergrund zu stellen, fand dort auch ein „Tag der Massen“ statt, an dem 100.000 Arbeitersportler:innen gemeinsame Freiübungen abhielten.

## Spaltung von der Sozialdemokratie und Aufstieg des Faschismus

1928 kam es dann doch zur Spaltung. Der ATSB beschloss ein Verbot der Teilnahme an Sportveranstaltungen in der Sowjetunion und den Abbruch der Beziehungen zur KPD. Die der KPD nahestehenden Sportvereine antworteten 1930 darauf mit der Gründung der „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ (KG), die bereits im Folgejahr über 100.000 Mitglieder erfasste. Die KG war Teil der „Roten Sportinternationale“ (RSI) und deren stärkster Landesverband außerhalb der Sowjetunion. Die KG trug 44 Spiele in der Sowjetunion aus, veranstaltete aber auch zwei Fußballmeisterschaften in Deutschland. In Opposition zur Arbeiterolympiade wollte sie 1931 die „Spartakiade“ als internationales Sportfest der RSI in Berlin austragen. Die Spartakiade konnte allerdings nicht stattfinden.

Sie wurde verboten vom Berliner Polizeipräsidenten – einem SPD-Mitglied. Die Arbeiter:innensportbewegung sah ein jähes Ende mit dem Aufstieg des Faschismus. 1933 wurden alle sozialdemokratischen und kommunistischen Sportvereine aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt. Auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs erlangte die Arbeitersportbewegung in Deutschland nicht mehr den Einfluss, den sie in der Weimarer Republik hatte. Dabei sind die Grundgedanken dieser Bewegung heute aktueller denn je: Durch Sport die Gesundheit der Arbeiter:innenklasse zu stärken, ein kollektives und solidarisches Miteinander zu forcieren, und anstelle des „Partypatriotismus“ die internationale Solidarität hochzuhalten.

# Alltagsheld:innen im Schatten des Systems!

Die Situation in den deutschen Kindertagesstätten ist katastrophal. Erzieher:innen sind froh, wenn sie die Tage mit zu wenig Personal und ohne größere Unfälle überstehen. Szenen wie diese spielen sich seit Jahren schon überall in ganz Deutschland ab. Trotz wiederholter Aufschreie der Pädagog:innen und Kindertageseinrichtungen hat sich vor unseren Augen eine brodelnde Krise entwickelt. Ein Kommentar von Emilia Zucker.

Lara, eine junge Frau, die seit sechs Jahren als Erzieherin in einer Leipziger Kita arbeitet, sitzt wie so oft auch an diesem Abend vollkommen erschöpft und in sich zusammengesunken neben ihrem Partner auf der Couch. Ein weiterer anstrengender Arbeitstag liegt hinter ihr. Ihre Kollegin ist seit Wochen krank und sie ist den ganzen Tag allein für die Betreuung von zwanzig Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren verantwortlich. Das zehrt Kraft, spannt die Nerven bis aufs Äußerste an und macht Angst vor der Verantwortung. „Zum Glück ist keiner schwer verletzt worden.“ Das sind die Worte, die ihr bleiben aus dem Mund rollen.

## Eine Krise mit Geschichte

Ein kurzer Abriss macht die Dramatik der Entwicklung deutlich. Der Bundestag beschließt 2013 den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für alle Kinder ab dem ersten bis zum dritten Lebensjahr. Schon zu diesem Zeitpunkt fehlen laut Schätzungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) 220.000 Kitaplätze. Die Lage ist prekär.

Im Jahr 2018 fehlen sogar noch mehr Betreuungsplätze: Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt den Mangel trotz des zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem halben Jahrzehnt geltenden Anspruchs auf Kitaplatz nach Sozialgesetzbuch VIII auf etwa 300.000 Kitaplätze ein.

Ein weiteres halbes Jahrzehnt später ist die Lücke an Kitaplätzen nochmals größer als in den Vorjahren. Nun fehlen sage und schreibe 384.000 Kitaplätze. Insbesondere in den westdeutschen Bundesländern ist der Betreuungsbedarf kaum gedeckt.

Die Krise zieht immer weitere Kreise. Und das vor dem Hintergrund, dass frühkindliche Bildung, aber auch die Bildung im weiteren Entwicklungsverlauf der Kinder und Jugendlichen maßgeblich für die kommenden Generationen unserer Gesellschaft sind, für die es zu kämpfen gilt.

## 2024 – Die große Chance?

Seit dem Jahr 2022 kommen durch verschiedene Faktoren, beispielsweise in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nun weniger Babys zur Welt als in den drei Jahren zuvor. Der Geburtenknick der vergangenen Jahre sorgt in einigen Bundesländern trotz des bundesweit weiterhin bestehenden Kitaplatzmangels für Debatten.

In sämtlichen bürgerlichen Medien, Kultusministerien und von politischen Vertreter:innen wird nun davon gesprochen, diese sogenannte „demografische Dividende“ als Chance zu nutzen und die Betreuungsschlüssel besonders in den ostdeutschen Kitas zu verbessern. Damit ist gemeint, die Erzieher:innen zu entlasten und auszunutzen, dass nun insgesamt pro Erzieherin weniger Kinder betreut werden müssen. Die geplanten Gelder für die Kindertagesstätten, die auf Landesebene liegen, wären sogar da. Doch um sie einzusetzen und eine dynamische Förderung möglich zu machen, müsste das Kitagesetz angepasst werden. Das passiert aber bisher nicht.

Stattdessen sehen wir aktuell in Sachsen, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, wie erste Kita-Schließungen angedroht, geplant und umgesetzt werden! Wie Mitarbeitende gekündigt werden, Eltern sich am anderen Ende der Stadt neue Kitaplätze

klären müssen und Kinder aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen werden.

## Bleibt es wieder bei leeren Versprechungen?

Die einen Politiker:innen sprechen von einer großen Chance für eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung, andere nehmen sehenden Auges die Lage hin und stellen fadenscheinig öffentliche Forderungen auf. In der Praxis ändert sich aber nichts an der „Kitastrophe“. Dies hat seine Ursache darin, dass soziale Ausgaben wie Kinderbetreuung in kapitalistischen Staaten meist als erstes von Kürzungen betroffen sind und es im Kapitalismus kein Interesse an einer Vollbeschäftigung aller erwerbsfähigen Erwachsenen gibt, die durch eine solche flächendeckende Kinderversorgung ermöglicht würde.

Das Kapital braucht immer eine gewisse Zahl an verfügbaren Arbeitskräften und hat deshalb ein Interesse daran, dass vor allem Frauen zu einem gewissen Teil zu Hause bleiben, anstatt zu arbeiten, und dort die Kinderbetreuung übernehmen. Erst wenn die Kitaversorgung so schlecht ist, dass die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zu gering wird, nämlich weil Elternteile nicht arbeiten gehen können, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder haben, sehen Kapital und Staat Handlungsbedarf: „Der Mangel an Kinderbetreuungsplätzen hat auch signifikante Auswirkungen auf die Wirtschaft als Ganzes. Eine der direktesten Folgen ist der Verlust an Arbeitskräften“, stellt etwa die Sparkasse aktuell fest.

## Die Chance im gemeinsamen Kampf – Spannungen überwinden!

Während sich die Kapitalist:innen und ihre politischen Vertreter:innen also vor allem um den Profit scheren, eint Erzieher:innen, Kinder und Eltern ein gemeinsames Interesse, für das es sich zu kämpfen lohnt. Von oben ist keine Lösung der Kita-Krise zu erwarten, also muss diese von den Betroffenen von unten eingefordert und erkämpft werden. Was sind die Forderungen dabei? Unabhängig davon, ob die Geburten gerade zurückgehen oder steigen, müssen sich die Arbeitsbedingungen von Erzieher:innen verbessern und die Zahl der Kita-Plätze und Personalschlüssel dringend erhöhen. Nur damit verbessert sich die Situation von allen: Erzieher:innen, Kindern und Eltern. Dies lässt sich aber nur erreichen, wenn alle beteiligten Arbeiter:innen auch gemeinsam dafür kämpfen. Aktuell ist es aber so, dass Eltern und Erzieher:innen eher gegeneinander statt zusammen arbeiten und sich gegenseitig die Schuld an der Situation geben. Dies nützt aber am Ende niemanden außer den Verursachern der Kita-Krise. Und genau das bedeutet, dass es Kräfte geben muss, die dafür eintreten, bestehende Spannungen zu bekämpfen und den Ärger und Groll der Eltern auf die schlechte Betreuungssituation umzulenken und mit der Wut der Erzieher:innen zu verbinden: Und diese Synergien zu nutzen um Dampf zu machen - Gemeinsam auf der Straße! Damit Erzieher:innen mit genug Kraft, Zeit und pädagogischer Qualität Kinder erziehen und großziehen können.

woodleywonderworks ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kindergarten\\_is\\_fun\\_\(2908834379\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kindergarten_is_fun_(2908834379).jpg)), „Kindergarten is fun (2908834379)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>



# Clara Zetkin – Vorbild im Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat

Am 5. Juli ist Clara Zetkins 167. Geburtstag. Sie war überzeugte Kommunistin und Mitgründerin der proletarischen Frauenbewegung. Ihr Beitrag zum Befreiungskampf der Arbeiter:innen und Frauen macht sie bis heute zu einem Vorbild. Ein Kommentar von Ruby Pfeifer.

„Die Frau hat darum für ihre volle Emanzipation nur von der sozialistischen Partei etwas zu erwarten. Die Bewegung der bloßen „Frauenrechtlerinnen“ kann in einzelnen Punkten gewisse Vorteile erzielen, sie kann jedoch nun und nimmer die Frauenfrage lösen.“

Clara Zetkin hat es schon erkannt – und auch heute ist die Frauenfrage noch nicht gelöst. Noch immer haben Millionen Arbeiterinnen mit den Folgen von Wirtschaftskrisen und Kriegen zu kämpfen.

Zetkin lebte von 1857 bis 1933 und erlebte damit nicht nur den Ersten Weltkrieg und seine Vorbereitungen mit, sondern auch die Zeit der Revolutionen – sowohl in Russland, als auch die gescheiterten Revolutionen in Deutschland. Sie war eine Vorreiterin der Frauenbewegung und beteiligt an vielen Kämpfen, von deren Erfolgen Arbeiterinnen noch heute profitieren. Mit dem gleichen Kampfgeist setzte sie sich auch gegen ungerechte Kriege und für den Sozialismus ein.

## Krieg für alle – auch für Frauen?

Während die Kriegsvorbereitungen des Ersten Weltkriegs selbst in Teilen der Arbeiter:innenbewegung für Kriegsbegeisterung sorgten, wandte Zetkin sich gemeinsam mit wenigen anderen Kommunist:innen bereits sehr früh gegen die Kriegstreiberei der herrschenden Kapitalist:innen. Sie stellte damit die grundsätzlichen Interessen der Arbeiter:innen in den Vordergrund, während sie gleichzeitig auch die Frage der Frauenbefreiung unermüdlich auf die Tagesordnung setzte.

Auch viele Jahre später sind Parallelen zur damaligen Zeit sichtbar. Die Einstimmung der deutschen Bevölkerung auf den nächsten Krieg läuft heute in vollem Gange. Laut unserem Kriegsminister Boris Pistorius wird sich Deutschland in 5 bis 7 Jahren wieder im Krieg befinden und es werden keine Mühen gescheut, die Arbeiter:innen für diesen Krieg zu begeistern.

Gerade in Zeiten von Krieg und

Krise ist es unsere Aufgabe, unsere eigenen Interessen mindestens ebenso laut auf die Straße zu tragen wie viele Arbeiter:innen vor uns. Und mit ihnen auch Clara Zetkin. Heute wird die Wehrpflicht für Frauen mit Gleichberechtigung begründet. Damals war es Zetkin, die inmitten des Ersten Weltkriegs einen Frauenkongress gegen den Krieg einberief und damit die Verbindung des Kampfes um die Frauenbefreiung mit dem Kampf gegen imperialistische Kriege auf die Tagesordnung setzte.

## Bürgerlicher Feminismus oder Frauenbefreiung?

Es war Zetkin, die sich für einen Internationalen Frauenkampftag einsetzte, einen Tag der speziell die im Patriarchat begründete Ungleichbehandlung von Frauen thematisierte. Und während sich dieser anfangs noch rein auf das Wahlrecht für Frauen beschränkte, erkannte sie bald, dass der Kampf für die Befreiung der Frau weit mehr beinhalten muss. Damit wurde sie zu einer vehementen Kritikerin der bürgerlichen Frauenbewegung, die sich allein auf Änderungen im kapitalistischen System verließen.

Damals waren die Forderungen der bürgerlichen Feministinnen das Wahlrecht für Frauen oder die freie Wahl des Berufs. Und während diese Forderungen eine breite Unterstützung verdienten, erkannte Clara Zetkin auch ihre Begrenzungen. Sie wandte sich gegen die vermeintliche Möglichkeit einer Abschaffung des Patriarchats im Kapitalismus und erkannte, dass es sich auch um eine Frage des ökonomischen Ursprungs handelte. Während es heute in Deutschland keine Frage mehr ist, ob Frauen wählen oder arbeiten gehen dürfen, besteht das Patriarchat noch immer.

Heute sind es Debatten über eine Frauenquote in Parlamenten oder mehr Sichtbarkeit von Frauen, die der bürgerliche Feminismus als vermeintliche Lösung gegen patriarchale Unterdrückung bietet.

Was Zetkin damals bereits erkannt hat, müssen wir heute aufgreifen:

Wir müssen den Klassenstandpunkt der Arbeiterinnen hervorheben, anstatt den Kampf um die Befreiung der Frau von den Klassenwidersprüchen zu lösen und uns in Kleindebatten zu verlieren. Denn das Patriarchat wird nicht verschwinden anhand von einer Gesetzesänderung, die jeder Zeit rückgängig gemacht werden kann. Der Ursprung liegt nicht etwa in der Sprache oder der Sexualisierung von Frauen, er liegt in der ökonomischen Basis, dem Kapitalismus, der mit dem Patriarchat aufs engste verwachsen ist.

Es war ein Teil ihres Kampfes, die Frage der Frauenbefreiung in die Reihen ihrer eigenen Partei zu tragen und dort zu vertreten. Auch dort fanden ihre Positionen anfangs wenig Anklang. Die Frauenbefreiung wurde als Nebensächlichkeit deklariert. Die Einführung des Internationalen Frauenkampftags setzte sie anfangs gegen den Willen ihrer männlichen Genossen durch.

Unter ihrer Redaktion entwickelte sie die Zeitschrift „Die Gleichheit“, die sich speziell an die proletarischen Frauen widmete, in der sie den Standpunkt der Arbeiter:innenklasse vertrat und es gleichzeitig als politische Schulungsmöglichkeit speziell für Frauen nutzte.

Clara Zetkin kämpfte für eine befreite Gesellschaft, gegen die Unterdrückung und Ausbeutung von Arbeiter:innen. Sie wurde als unermüdlich beschrieben, in all ihren Arbeitsbereichen.

Diese Eigenschaft müssen wir heute aufgreifen, genau wie ihre Fähigkeit, die Verbindung zwischen verschiedenen Kämpfen aufzuzeigen. Denn auch heute werden wir die Befreiung der Gesellschaft nicht an der Wahlurne erkämpfen, die Frauen werden sich nicht durch mehr weibliche Ausbeuterinnen befreien und der Faschismus kann nicht durch rechtere Positionen der anderen bürgerlichen Parteien gestoppt werden.



# Zypern: 50 Jahre nach der Invasion geht der Kampf gegen die NATO weiter

Vor 50 Jahren fiel die Türkei in Zypern ein. Bis heute wird auf der Insel für nationale Selbstbestimmung und gegen die NATO-Besatzung gekämpft. Ein Kommentar von Julius Strupp.

Für viele Menschen in Deutschland ist Zypern vor allem eine Urlaubsinsel im Mittelmeer, auf der man die Seele baumeln lassen kann. Dass das Land als einziges innerhalb der Europäischen Union unter NATO-Besatzung steht und von imperialistischen Mächten geteilt wurde, weiß hier kaum jemand. Am 20. Juli 1974 fielen türkische Truppen in das Land ein, nachdem Griechenland wenige Tage vorher einen Putsch mit dem Ziel organisiert hatte, die Insel zu annektieren.

Ergebnis ist eine Situation, die bis heute anhält: Unter 60 Prozent der Insel werden durch die völkerrechtlich anerkannte Regierung im Süden regiert, die UN unterhält eine demilitarisierte Zone, der Rest wird durch die Türkei besetzt. Außerdem unterhalten Frankreich, England und Griechenland Militärbasen im Land.

## Warum interessieren sich die Imperialisten für Zypern?

In Zypern leben 1,1 Millionen Menschen auf der Hälfte der Fläche des Freistaats Sachsen. Es leuchtet also nicht auf den ersten Blick ein, dass das Land eine besondere politische Wichtigkeit hat. Tatsächlich hat es aber eine sehr zentrale Bedeutung für den Machtkampf zwischen den kapitalistischen Ländern in Westasien und Nordafrika.

Besonders für England, das die Insel 1878 vom Osmanischen Reich überschrieben bekam, hat sie immer wieder eine wichtige Rolle in der eigenen Weltmachtspolitik gespielt. „Nur

durch anhaltende Souveränität über diese Insel ist Britannien in der Lage, seine strategischen Verpflichtungen in Europa, im Mittelmeer und Mittleren Osten zu erfüllen“, so der damalige britische Kolonialminister 1954. Auch als „unsinkbaren Flugzeugträger“ bezeichnete er das Land.

Seine Position im Mittelmeer zwischen den drei Kontinenten Afrika, Asien und Europa lässt das kleine Zypern eine Schlüsselrolle im Kampf um die angrenzenden Länder spielen. So hat England seine Stellungen auf der Insel in jüngster Vergangenheit für Angriffe auf die Huthis im Jemen während des aktuellen Gaza-Kriegs genutzt.



## Teile und herrsche

Insbesondere Großbritannien hat historisch versucht, seine Herrschaft auf Zypern durch die Spaltung der lokalen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Diese besteht nämlich aus verschiedenen Gruppen, die jeweils unterschiedliche Sprachen sprechen. Die meisten sprechen türkisch oder griechisch, aber es gibt auch aramäisch- sowie armenischsprechende Zyprioten:innen.

Seit der Invasion der Türkei sind die türkisch- und griechischsprachigen Zyprioten:innen vollkommen voneinander getrennt. Waren die Ortschaften früher noch sprachlich durchmischt, leben die meisten türkischsprachigen Zyprioten:innen heute im von der Türkei abhängigen De-Facto-Staat im Norden, die meisten griechischsprachigen im Süden der Insel.

Dazu kommen Siedler:innen aus der Türkei. Diese sind inzwischen gegenüber den türkischsprachigen Zyprioten:innen in der Überzahl und sollen vor allem politische Fakten schaffen und so eine Befreiung Zyperns erschweren.

## Revolutionär:innen für gemeinsamen Kampf gegen Besatzung

Währenddessen setzen fortschrittliche Kräfte in Zypern auf einen gemeinsamen Kampf aller Zyprioten:innen gegen die NATO-Besatzung. Eine Organisation, die sich diesen Kampf auf die Fahnen geschrieben hat, ist die Union of Cypriots (deutsch: Union der Zyprioten:innen), die sich selbst als größte antiimperialistische und fortschrittliche Bewegung auf Zypern sieht und für ein „vollständig unabhängiges und einheitliches Zypern“ kämpft.

Grundlage dafür ist ihre Überzeugung, dass die Zyprioten:innen ein Volk mit einem Schicksal jenseits der imperialistischen Unterdrückung sind. Diese Überzeugung ist auch nicht aus der Luft gegriffen. Immer wieder haben Zyprioten:innen verschiedener Sprachgemeinschaften miteinander gegen die gemeinsame Unterdrückung gekämpft. Ein bekanntes Beispiel aus der Arbeiter:innenbewegung ist ein Bergarbeiterstreik, der 1948 über vier Monate von tausenden türkisch- und griechischsprachigen Zyprioten:innen gemeinsam organisiert wurde.

## PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

fb.com/PerspektiveOn  
x.com/perspektiveon  
instagr.am/perspektiveonline  
t.me/perspektiveon  
mastodon.social/@perspektiveon

**V.i.S.d.P.:**  
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.  
Homarstraße 64  
51107 Köln

## PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:  
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:  
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:  
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:  
<https://t.me/perspektiveon>

## PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



## MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:  
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:  
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:  
<https://perspektive-online.net/spenden>